

CDU und FDP lehnen IGS weiterhin ab

Schulausschuss billigt dennoch Konzept

ACHIM • Der geplante Umbau der Liesel-Anspacher-Hauptschule und der Realschule zu einer Integrierten Gesamtschule (IGS) wird von der CDU und der FDP in Achim nach wie vor nicht mitgetragen. Als es am Montagabend im Schulausschuss des Stadtrates darum ging, das Vorhaben mit einem Kostenvolumen von rund 3,6 Millionen Euro auf den Weg zu bringen, enthielten sich die Vertreter der beiden Fraktionen der Stimme. Die Mehrheit von SPD, Grünen und WGA befürwortete hingegen das Konzept.

„Wir sind auch für Inklusion, aber nicht unbedingt für eine IGS“, sagte Christdemokrat Hans-Michael Paulat. Wenn sich die Stadt darauf beschränken würde, alle Räume in den beiden Gebäuden barrierefrei zu machen, damit dort auch behinderte Kinder und Jugendliche unterrichtet werden können, müsste nur etwa die Hälfte der Millionen-Summe investiert werden, erläuterte er.

Ein Statement, bei dem Bürgermeister Rainer Ditzfeld fast der Kragen platzte. Er finde die Haltung der CDU „traurig“, äußerte das Stadtoberhaupt. Denn eine große Mehrheit habe doch die Integrierte Gesamtschule in Achim gewollt. „Ich erwarte, dass diese demokratische Entscheidung von allen mitgetragen wird“, sagte Ditzfeld. Inklusion und IGS gehörten zusammen.

Sozialdemokrat Herfried Meyer schüttelte ebenfalls den Kopf. Die neue Schule solle doch bereits in diesem Sommer starten. Wie es die Gemeinde Oyten mit ihrer IGS vormache, „so sollten auch hier in Achim alle an einem Strang ziehen“, forderte der SPD-Fraktionschef.

Auch bei der von CDU und FDP anstelle der IGS gewünschten Oberschule wären „erhebliche Umbauten“

laut Ysker sogar je 30 Pennäler beschult werden.

Paulat beharrte am Ende dennoch auf einer getrennten Aufstellung der Kosten für die IGS an sich und die Inklusion. Was bei der Verwaltung auf Begeisterung stieß. „Dann müssen wir auch noch die Kosten für eine Oberschule ermitteln“, stöhnte der Bürgermeister.

Unabhängig davon sprach Fachbereichsleiterin Ysker von einer „Herkulesaufgabe“, die bis 2023 von der Stadt und insbesondere von den Führungskräften der neuen Schule zu bewältigen sei. Denn das Nebeneinander der auslaufenden Jahrgänge der Hauptschule und der Realschule sowie der schrittweise Aufbau der IGS von Klasse fünf aufwärts in den beiden benachbarten Gebäuden erfordere „ganz engen Abstimmungsbedarf“.

Schließlich ließ Ausschussvorsitzende Petra Geißler (SPD) über den von der Verwaltung vorgelegten Beschlussvorschlag abstimmen. Auf Antrag von Dr. Petra Gölz (CDU-Fraktion) wurde Punkt eins gestrichen: „Die Planungen zum bedarfsgerechten Umbau der Haupt- und Realschule zur Umsetzung der Inklusion und der Integrierten Gesamtschule für den Zeitraum 2017 bis 2023 werden zur Kenntnis genommen.“

Die Mehrheit im Fachausschuss beauftragte die Verwaltung, „die für die Sicherstellung der Schuljahre 2017/2018 und 2018/2019 erforderlichen Kosten ... darzustellen und die notwendigen Vergaben zur Durchführung der kurzfristig erforderlichen Umbauarbeiten vorzubereiten“. Und zudem „für die weiteren Planungen bis zum Abschluss der Übergangsphase von Realschule/Hauptschule zur IGS in den Jahren 2022/2023 umgehend ein externes Planungsbüro zu beauftra-

erforderlich, gab Wiltrud Ysker, Leiterin des Fachbereichs Bildung und Soziales in der Stadtverwaltung, zu bedenken. Denn auch bei dieser Schulform würden die häufig nur 52 Quadratmeter großen Räume in der Hauptschule für die bis zu 28 Schüler umfassenden Klassen nicht ausreichen. In den voraussichtlich sechs IGS-Klassen, die im August an der Waldenburger Straße starten sollen, dürfen

gen, um die bauliche Planung und Finanzierung eines weiteren Umbaus ab dem Schuljahr 2019/20 zu planen und vorbehaltlich der politischen Beschlussfassung zu realisieren“. Darüber hinaus genehmigte der Ausschuss zur Finanzierung der notwendigen Umbaumaßnahmen noch in diesem Jahr in Höhe von 65000 Euro eine überplanmäßige Ausgabe über 50000 Euro. ■ mm